



Marburg, 18.01.2018

Eingang: 18.01.2018

TOP: 11

SPD-Fraktion  
CDU-Fraktion

Lfd.Nr. 184/2018 KT

**Antrag zur Kreistagssitzung am 09.02.2018****Antrag der Fraktionen von SPD und CDU betr. Digitalisierungs-Check für die Schulen in Marburg-Biedenkopf****Beschluss:**

Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen „Digitalisierungs-Check“ für alle Schulen im Landkreis durchzuführen, um in Vorbereitung der im Zuge des Digitalpaktes zu erwartenden Bundesmittel für die Digitalisierung einen Überblick für die weitere Gestaltung einer Digitalisierungsstrategie zu gewinnen.

- (1) Im Zuge dessen ist – in Abstimmung mit dem staatlichen Schulamt – zu erfassen und zu berichten,
  - a) welche infrastrukturelle Ausstattung (Anzahl von festen PC-Arbeitsplätzen/Laptops, Tablets, interaktiven Whiteboards, Beamern, usw.) an den Schulen aktuell vorhanden ist sowie welche technischen Voraussetzungen (Bandbreite, W-LAN-Erschließung, Ethernet-Anschlüsse, etc.) vor Ort gegeben sind bzw. im Zuge der Realisierung des weiteren Breitbandausbaus im Landkreis erfolgen werden;
  - b) welche Schwerpunkte für die Nutzung der digitalen Infrastruktur im Unterricht gesetzt werden (*z.B. welche Software-Anwendungen zum Einsatz kommen, ob Endgeräte überwiegend für Recherchen genutzt werden, sie vor allem der Erstellung von Präsentationen oder Darstellungen dienen oder sie für fachspezifische Anwendungen/Lernprogramme o.ä. genutzt werden*);
  - c) welche Schulen – differenziert nach Schulformen – bereits jetzt Strategien zur pädagogisch fundierten Nutzung digitaler Medien erarbeitet haben und welche – technischen wie pädagogischen – Standards und Schwerpunkte dabei gesetzt werden;
  - d) welche Vorarbeiten von Seiten der Schulen und des staatlichen Schulamtes mit Blick auf den Digitalpakt bereits unternommen wurden bzw. geplant sind;
  - e) welche Erfahrungen bisher mit dem Projekt „iPad-Klassen“ gewonnen werden konnten und inwieweit diese für eine Digitalisierungsstrategie ertragreich sind;
  - f) an welchen Schulen mobile Endgeräte von Seiten der Schüler\*innen verboten, erlaubt oder sogar gewünscht sind (*„bring your own device“*);
  - g) welche bisherigen Strukturen der Kooperation zwischen Schule und Schulträger sich hinsichtlich Support und Begleitung etabliert haben und inwieweit diese im Sinne des Digitalpaktes weiterentwickelt werden müssen.

- (2) Weiterhin ist zu prüfen, welche sonstigen Schritte zu einer nachhaltigen Digitalisierungsstrategie zu ergreifen sind. Insbesondere ist zu prüfen, wie im Rahmen des Digitalpaktes eine Umsetzung so zu gestalten ist, dass einerseits pädagogische Vielfalt gewährleistet wird, andererseits von Schulträgerseite sinnvoller und zielführender technischer und organisatorischer Support geleistet werden kann. Dabei ist in den Blick zu nehmen, ob für die Entwicklung einer Digitalstrategie ggf. die Beauftragung eines externen Büros sinnvoll ist, das die in den Schulen stattfindenden Prozesse begleitet. Ein besonderes Augenmerk soll auch auf die Medienzentren im Landkreis gelegt werden. Neben einer Bestandsaufnahme ist auch zu prüfen, ob ein Konzept für die Neuausrichtung dieser Zentren zu erstellen und dem Kreistag vorzulegen ist.
- (3) Ebenfalls ist zu überprüfen, welche Anstrengungen seitens des Landkreises unternommen werden können, um in Kooperation mit dem staatlichen Schulamt digitales Lernen zu befördern und so Qualitäts- und Effizienzgewinne zu erzielen sowie vernetztes Lernen zu ermöglichen. (z.B. durch Lernangebote in einer kreisweiten Cloud, Lernplattformen oder sonstige Angebote, ggf. auch durch verstärkte Digitalisierung von Unterrichtsmaterialien).

### **Begründung:**

Im Zuge des sogenannten Digitalpaktes will die Bundesregierung fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen zur Verfügung stellen. Bisher sind Details der Umsetzung dieser Förderung noch unklar; das Land Hessen hat erklärt, dass es von seiner Seite die Digitalisierung durch entsprechende Fortbildungsangebote begleiten will, um das fachliche wie pädagogische KnowHow für diese Herausforderung zur Verfügung zu stellen. Weiterhin setzt das Land auf enge Zusammenarbeit mit den Schulträgern, um eine sinnvolle und verzahnte Umsetzung der Digitalisierung zu erreichen; plant aber offenbar nicht, entsprechende inhaltliche oder systemspezifische (technische) Vorgaben hessenweit einheitlich zu machen.

Ungeachtet der Tatsache, wann die Fristen für die Beantragung o.g. Fördermittel beginnen, sollte der Landkreis im Sinne modernen Lernens daran interessiert sein, dass es vor Ort nicht einen Wildwuchs verschiedener Konzepte und entsprechender von den Schulen initiiertes Beschaffungen gibt: Dies würde sowohl unter dem Gesichtspunkt der Durchlässigkeit zwischen Schulen im Kreisgebiet als auch hinsichtlich pädagogischer Aspekte kontraproduktiv sein und letztlich auch einen sinnvollen Support erschweren.

Mit dem Digitalisierungsscheck sollen deswegen einerseits die infrastrukturellen Voraussetzungen geklärt werden, andererseits auch der aktuelle Stand der Digitalisierung in technischer wie pädagogischer Hinsicht geklärt werden. Damit soll auch ein Dialogprozess mit Schulen und Schulamt eröffnet werden, um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln und verschiedene Herausforderungen für Schule gemeinsam zu bewältigen.

Zur Weiterentwicklung nach einer mit eigenen Ressourcen erhobenen Bestandsaufnahme wird dann zu überlegen sein, welche Strukturen man für die (Weiter-)Entwicklung von Digitalisierungsstrategie(n) wählt und wie man die Kooperation und Vernetzung der Akteure gestaltet. Die Kooperation mit einem externen Berater kann dafür ebenso in Erwägung gezogen werden wie eine Organisation in Eigenregie. Hier sind auch Erfahrungen aus anderen Landkreisen in Betracht zu ziehen.

Unabhängig von diesem Digitalisierungsscheck und einer weiteren Digitalisierungsstrategie wird politisch in Abstimmung mit dem Schulamt zu klären sein, wie die wesentlichen inhaltlichen Fragen der Digitalisierung auszugestaltet sind (etwa Einsatz eigener mobiler Geräte („bring your own device“) oder Leihgeräte, Ausstattung der Schulen mit digitalen Lernmöglichkeiten, ethische und soziale Standards für den Einsatz digitaler Lernmittel u.v.m.).

gez.: Werner Hesse  
SPD-Fraktion

gez.: Werner Waßmuth  
CDU-Fraktion